

**Große Chance für
weniger
Nachtfluglärm**

Seite -2-

**Das soziale Europa
muss oberste Priorität
haben**

Seite -3-

**Rente mit Zukunft
oder Zukunft
ohne Rente?**

Seite -4-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

13. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

07. Juli 2008

Aus der letzten Stadtratssitzung am 25.06.2008

Im Vorfeld der Stadtratssitzung wurde es schon deutlich, dass diese Sitzung - die letzte vor der Sommerpause - noch einige wichtige Entscheidungen in sich barg.

Durch einen Antrag der CDU-Fraktion, den unsere Fraktion mit Mehrheit auch unterstützte, sind die Eckwerte für das Haushaltsjahr 2009 abgesetzt worden. Im Finanzausschuss und auch im Hauptausschuss hatte diese Beschlussvorlage im Vorfeld keine Mehrheiten bekommen. Herr Geier, Finanzdezernent, hatte im Punkt Mitteilungen/Informationen die Möglichkeit, über die aktuelle Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) zu sprechen. Um den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einzuhalten, soll der derzeit dargestellte Fehlbedarf um 3,0 Mio. Euro reduziert werden. Dieser Fehlbedarf soll aus dem Wegfall von freiwilligen Leistungen erfolgen, so die Stadtverwaltung. Das konnte unsere Fraktion nicht mittragen. Wir haben dazu eine „Haushaltswahrheit“ eingefordert, die konkrete Einnahmen und Ausgaben vorsieht, verlässlich ist und nicht auf Eventualitäten baut! Frau Szabados kündigte den Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 für den September an und verwies dabei

darauf, dass sie auch ohne Rückendeckung des Stadtrates auf Grundlage der Eckwerte agieren wird.

Auch der Weg zur Gründung einer gemeinnützigen Kultur GmbH in Halle war schwierig. In dieser GmbH sollen Oper/Staatskapelle, Thalia Theater und Kulturinsel unter einem Dach arbeiten. Damit werden Synergieeffekte erwartet und natürlich Geldeinsparungen! Auch unsere Fraktion hat sich die Entscheidung zu diesem Beschluss nicht leicht gemacht. Einige Fraktionssitzungen und auch Beratungen mit den Personalvertretungen der Einrichtungen im Rahmen des Arbeitskreises haben uns aber letztlich dazu geführt, diesem Beschluss zuzustimmen. Wichtig war für uns die Entscheidung zu unserem An-

derungsantrag, dass die alleinige Personalhoheit über die Kultureinrichtungen der Geschäftsführer hat. Dieser Antrag fand auch die entsprechende Mehrheit! Damit ist eine klare Arbeitsteilung definiert und es kommt nicht zu „Vermischungen“, die letztlich wieder unnötige Kosten verursachen.

Und wir haben die strategischen Ziele der Stadt beschlossen! Mit den „strategischen Zielen“ soll eine „Grundlage geschaffen werden, das derzeit praktizierte System der Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Zuge der Haushaltsberatungen auf ein System der Steuerung nach Zielen für die städtische Aufgabenerledigung umzustellen“, heißt es in der Begründung.

weiter auf Seite -2-

**Es sind Sommerferien,
auch das „Linke Blatt“
macht Sommerpause!
Die nächste Ausgabe erscheint am
05.08.2008**

**Auch die Geschäftsstelle in der
Blumenstraße ist im Zeitraum
vom 14. Juli bis 01. August 2008
nur eingeschränkt erreichbar.**

Aus der letzten ...

Fortsetzung von Seite -1-
Durch den Beschluss des Hauptausschusses wurden - auch mit unseren Stimmen - die Vereinbarungen zu den strategischen Zielen erweitert. Zugekommen ist der Passus der „sportfördernden“ Stadt und der Satz „Grundvoraussetzung dafür sind die nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes und die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs“.

Alle anderen Beschlussvorlagen der Tagesordnung wurden ohne Diskussion bestätigt. Durch z. T. sehr kontroverse Diskussionen im Hauptausschuss sah sich die Oberbürgermeisterin veranlasst, die Vorlage „Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Jiaxing (VR China) von der Tagesordnung zu nehmen. Diese Vorlage soll zu einem späteren Zeitpunkt wieder zum Beschluss stehen.

Der Antrag unserer Fraktion, den Zuschuss der BMA (Beteiligungsmanagementanstalt) im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2008 um 50.000,00 Euro zu verringern, fand eine Mehrheit. Die Gründe dieses Vorschlages ergaben sich aus einem Jahresüberschuss der BMA aus dem Jahr 2007.

Zu einem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+ WG Volkssolidarität und der CDU-Fraktion zur Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle hatte unsere Fraktion einen sehr umfangreichen Änderungsantrag eingebracht. Der Antrag und damit auch unser Änderungsantrag wurde in verschiedene Ausschüsse zur weiteren Klärung verwiesen.

Unser Antrag hat zum Inhalt, konkretere Forderungen zur Vermeidung des Fluglärms durchzusetzen, als das im gemeinsamen Antrag der o. g. Fraktionen zum Ausdruck kam.

Zur Kenntnis zu nehmen waren u.

a. der Vergabebericht 2007 und die Information zum „Quartalsbericht des Projektes Straßenbahn Halle-Neustadt - Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf“.

Ute Haupt

Stadträtin

Große Chance für weniger Nachtfluglärm

Am 15. Juli beginnt der entscheidende Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen den anwohnerfeindlichen Planergänzungsbeschluss zum Flughafenausbau. Im 1. Prozess konnten wir ein teilweises Nachtflugverbot durchsetzen, leider nur für zivile Passagiermaschinen. Doch das reicht bei weitem nicht aus. Zum zweiten Mal haben Tausende lärmgeplagte Anwohner und zahlreiche Sympathisanten Geld gespendet, um den 50.000 Euro teuren Prozess finanzieren zu können. Vielen Dank für ihre Unterstützung! Im Prozess wird nun unser Anwalt Wolfgang Baumann sein Bestes geben.

Es geht um drei Hauptklagepunkte:

1. Trennung von Expressfracht und normaler Fracht. Die normale Fracht kann ohne Probleme auch am Tag geflogen werden. Zumindest die lautesten Kracher wie die MD11 von Lufthansa Cargo würden uns dann nachts nicht mehr heimsuchen!
2. Verbot der völkerrechtswidrigen Militärflüge am Flughafen, die unter dem Lügenetikett „Urlaubsflüge für amerikanische Soldaten“ im Stundentakt stattfinden. Inzwischen ist schon jeder vierte Passagier in Leipzig ein amerikanischer Soldat auf dem Weg in den Irakkrieg oder zurück - Tendenz stark steigend!

Gleichbelastung der beiden Landebahnen. Die IG Nachflugverbot, der FLUG e. V. und befreundete Anti-Fluglärminitiativen haben alles getan, um den Prozess optimal vorzubereiten. Mit einer Demonstration am 11. Juli, vier Tage vor Prozessbeginn, wollen wir die gesamte Region, die Leipziger und Hallenser, die Kommunalpolitiker und nicht zuletzt unsere Prozessgegner lautstark und siegesicher auf die Gerichtsverhandlung einstimmen. Demo für den „Sieg

Demo für den „Sieg vor Gericht“



**Freitag, den 11.07.2008 Treff: 16:30 Uhr
Leipzig, Nikolaikirchhof**

Mahnwachen an den Prozesstagen vor dem BVerwG

**15. Juli 2008 von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr
ggf. 16. Juli 2008 ab 08:00 Uhr**

Das soziale Europa muss oberste Priorität haben

Am 1. Juli 2008 übernimmt Frankreich von Slowenien die EU-Ratspräsidentschaft. Aus diesem Anlass erklärt der Vorsitzende der Partei DIE LINKE und der Partei der Europäischen Linken Lothar Bisky:

Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft war die erste eines der 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten. Die Slowenen haben die anstehenden Aufgaben in Ruhe und Sachlichkeit erledigt. Was jedoch die politischen Entscheidungen und Weichenstellungen betrifft, so entsprechen viele nicht den Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Europa und darüber hinaus. Beispiele dafür sind die neue Arbeitszeit-Regelung, die es künftig ermöglichen soll, die Arbeitszeit bis auf 78 Wochenstunden auszuweiten, die neue Abschiebe-Richtlinie, die Flüchtlinge nicht schützt, sondern verfolgt und der Umgang mit dem irischen Nein beim Volksentscheid zum Vertrag von Lissabon.

Frankreich wird nun für sechs Monate die Ratspräsidentschaft ausüben und Ministerpräsident Fillon hat bereits vor dem Europaparlament sein Programm vorgestellt. Als Schwerpunkte nannte er Energie- und Klimafragen, die gemeinsame Agrarpolitik, die Koordinierung der Einwanderungspolitik und die gemeinsame Verteidigungspolitik. Dabei wurde deutlich: Zum einen will sich die französische Ratspräsidentschaft offenbar nicht vom Nein der Iren beirren lassen und tut so, als hätte es das irische Nein nicht gegeben. Zum anderen gehört das „soziale Europa“ nicht

zu den Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft, obwohl es in der vergangenen Woche gerade das vierte Urteil des EuGH gab, das die Freiheiten des Binnenmarktes über die Grundrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften stellt und damit die Sozialstaatlichkeit der Mitgliedstaaten über die EU immer weiter aushebelt.

Die Europäische Linkspartei (EL) und DIE LINKE in Deutschland halten diese Positionen für falsch. Wir erwarten, dass unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft die Chance für die notwendige Kurskorrektur der EU hin zu einer zivilen, sozialen und demokratischen Union genutzt wird, denn ohne die europäische Integration hat die EU keine Zukunft. Gedankenspiele über ein künftiges Kerneuropa lehnen wir ab, weil sie Europa nicht einen, sondern wieder spalten.

Die EL und DIE LINKE in Deutschland plädieren für einen Neuanfang. Erfolgreiche europäische Integration braucht die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger und das ist nur möglich, wenn diese ihren Bedürfnissen dient und den globalen Herausforderungen gerecht wird. Wir brauchen einen neuen Vertrag, der nicht den neoliberalen und zunehmend militärisch geprägten Kurs fortschreibt, sondern die vertraglichen Grundlagen für eine zivile, sozial und ökologisch nachhaltige europäische Integration schafft. Diesem Ziel dienliche Bestimmungen sollten aus den bisherigen Verträgen übernommen

werden, wie die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und die stärkere Rolle der nationalen Parlamente, aber auch mehr Elemente direkter Demokratie wie Bürgerbegehren.

Die EL und DIE LINKE in Deutschland fordern, dass sich die EU nicht nur der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch der Sozialstaatlichkeit verpflichtet und dies auch in konkreter Politik umsetzt. Alle bisherigen Bestimmungen, die die Sozialstaatlichkeit verhindern bzw. behindern, sind zu eliminieren.

Die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament bieten eine gute Möglichkeit, die europäische Bevölkerung über die Zukunft der europäischen Integration anzuhören.

Der französische Präsident Sarkozy hat durch seine Ratspräsidentschaft die Chance, Grundlagen dafür vorzuschlagen. DIE LINKE und die EL werden den Bürgerinnen und Bürgern ihre Vorstellungen dazu unterbreiten und mit ihnen diskutieren.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
03.07.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 31.07.2008

Rente mit Zukunft oder Zukunft ohne Rente?

Zur Rentenkampagne der Partei DIE LINKE

Der 1. Bundesparteitag der LINKEN hat im Mai dieses Jahres in Cottbus beschlossen, dass DIE LINKE das Thema Rente zu einem Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Arbeit und ihrer Öffentlichkeitsarbeit macht. Die Wahlkämpfe des kommenden Jahres sollen genutzt werden, Druck zu machen für eine andere Rentenpolitik. Eine Rentenkampagne wird vorbereitet und in Sachsen-Anhalt hat am 21. Juni 2008 der Auftakt stattgefunden. Wir haben uns an diesem Tag über Inhalt, Hintergründe und Methoden der Rentenkampagne ausgetauscht. Eine Kampagne wird es aber nur, wenn sie von der gesamten Partei getragen wird und viele Aktionen das Thema immer wieder ins öffentliche Bewusstsein tragen. Das wird nicht einfach, denn Rentenpolitik ist hochkomplex und einfache Antworten nützen niemandem. Deshalb müssen wir zunächst damit beginnen, uns selbst inhaltlich fit zu machen.

Das erste Ziel der Rentenkampagne heißt deshalb: Rente in die Köpfe! Also - warum eigentlich eine Rentenkampagne?

Immer mehr Menschen sind von Altersarmut bedroht. Das ist auch Ergebnis der Politik der vergangenen Jahre. Niedrige Löhne bedeuten niedrige Renten. Der Niedriglohnsektor wird immer weiter ausgebaut. Lohnkürzungen sind Rentenkürzungen. Arbeitslosigkeit hinterlässt Lücken in der Rentenbiographie. Der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die demographische Entwicklung führen dazu, dass immer

weniger Menschen in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Dazu kommt die Privatisierung eines Teils der Rente durch die Riester-Rente. Statt die gesetzliche Rente zu stärken, werden durch die Riester-Rente die privaten Krankenversicherungen subventioniert. Entlastet werden nur die Arbeitgeber/innen, weil der Beitrag für die Riester-Rente von den Arbeitnehmer/innen allein aufgebracht werden muss. Anstatt aber das Einnahmeproblem der gesetzlichen Rente durch politische Mittel zu beseitigen, wird mit der Festschreibung des Beitragsatzes auf höchstens 22 % das Problem eher verfestigt. Stattdessen sollen mit Hilfe von Nachhaltigkeitsfaktor und Rentenanstiegsdämpfung die Ausgaben der Rentenkasse verringert werden. Der Weg in die Altersarmut ist für immer mehr Menschen vorprogrammiert.

Deshalb sagen wir in einem zweiten Schritt: Rente auf die Straße! Um auf die Probleme aufmerksam zu machen, brauchen wir Mitstreiter/innen in den Basisorganisationen und pfiffige Ideen für Aktionen und Veranstaltungen.

Wir wollen Alternativen aufzeigen und für einen rentenpolitischen Kurswechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit werben.

Der dritte Schritt muss also heißen: Rente ins Zentrum!

Dabei stehen für DIE LINKE folgende Forderungen in diesem Zentrum: Wir wollen, dass die Lebensstandardsicherung durch ein gesetzlich fixiertes Sicherungsniveau wieder Ziel der gesetzlichen

Rente wird. Wir wollen Kürzungsfaktoren abschaffen und das Beitragsdogma überwinden. Wir sagen „NEIN“ zur Rente mit 67 und „JA“ zur abschlagsfreien Rente ab 60 Lebensjahren. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die auch Besserverdienende einzahlen, weil die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise erhöht wird mit dem Ziel, sie ganz abzuschaffen. Der Solidarausgleich muss gestärkt werden, langjährig Versicherte müssen eine Existenz sichernde Rente erhalten. Dieser Solidarausgleich muss gefördert und subventioniert werden, anstatt private Renten. Die Grundversicherung gehört angehoben. Natürlich setzt sich DIE LINKE gleichzeitig auch für eine Angleichung der Rentenwerte Ost und West und für die Abschaffung verbliebener Rentenungerechtigkeiten für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner ein.

Soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen drohende Altersarmut wird eines der zentralen Themen in den Wahlkämpfen des kommenden Jahres sein.

Deshalb werden wir in einem vierten Schritt sagen: Rente in die Wahlkämpfe!

Es geht um den Kampf gegen die Rente mit 67 und die Rücknahme der Rentenkürzungen der vergangenen Jahre.

Die Kampagne wird gemeinsam vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion DIE LINKE durch eine Lenkungsgruppe geführt, der Klaus Ernst, Martina Bunge, Volker Schneider, Michael Schlecht

und Brigitte Ostmeyer angehören. Schon im Sommer sollen in den Kreisen erste Aktionen durchgeführt werden. Dazu braucht der Kreisvorstand Eure Ideen, liebe Genossinnen und Genossen. Im Herbst gibt es dann einen parteiweiten Aktionstag zur Rente. Im Jahr 2009 wird die Kampagne Bestandteil der Wahlkämpfe sein. Informationen über Materialien und Aktionsideen finden interessierte Basisorganisationen auch unter www.die-rente-die-linke.de.

Also dann, liebe Genossinnen und Genossen: Los geht's!
Sabine Dierlich, MdL

**DIE LINKE. Basisverband Halle-Nord
lädt alle interessierten GenossInnen und
SympathisantInnen ein:**

Vortrag und Diskussion

mit Genossen Prof. Dr. Ekkehard Saueremann

zum Thema:

„In welcher Epoche leben wir und welche Chance hat der demokratische Sozialismus?“

**am Dienstag, dem 12. August 2008, 16.30 Uhr
im Versammlungsraum des Stadtverbandes der
Partei DIE LINKE Halle, Blumenstraße 16.**

Unser Referent ist u. a. Autor des Buches
„Neue Weltkriegsordnung - die Situation nach dem 11.9.2001“.

Fraktion DIE LINKE: Ganztags, halbtags, ganztags - Sinneswandel in 5 Jahren in der Kinderbetreuung

Dazu erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion Eva von Angern:

„Angesichts der aktuellen Diskussion um den Ganztagsanspruch in der Kinderbetreuung wird man den Eindruck nicht los, dass Politik Geschaffenes erst zerstört, um sich später dann mit dessen Wiederaufbau zu brüsten. Die Kinderbetreuung ist da leider nicht das einzige Beispiel.

Bis März 2003 konnten alle Kinder in Sachsen-Anhalt bis zu 10 Stunden pro Tag die Kita besuchen. Was danach zählte, war der Erwerbsstatus der Familien - Kinder arbeitsloser Eltern durften nur noch 5 Stunden täglich rein. Sozial- und bildungspolitisch war dieser Einschnitt eine blanke Katastrophe, nur damals - 2003 - wollten es CDU, SPD und FDP nicht wahr haben und verabschiedeten gemeinsam das KiFöG.

Wahrscheinlich bedurfte es, wie leider so oft, mehrerer Armutsberichte, Diskussionen um die Vernachlässigung und Gefährdung von Kindern, wachsender Bildungsarmut und sozialer Spaltung, eines einsetzenden Fachkräftemangel, der die Angst um die Zukunft des Wissensstandortes Deutschland schürt und letztlich eines Bildungskonvents, um alte Fehler einzusehen.

CDU und SPD haben eine Chance vertan - sie hätten dem Gesetzentwurf der LINKEN zustimmen können, der den Ganztagsanspruch für alle Kinder wieder einforderte. Fast ein Jahr lang lag der Gesetzentwurf im Sozialausschuss und wurde letztlich von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Auch die Zahl von ca. 36 Millionen Euro ist so

neu nicht - spätestens seit der Einbringung unseres Gesetzentwurfes im November 2006 ist dem Parlament die Höhe der zu erwartenden Kosten bekannt.

DIE LINKE fordert daher die Koalition erneut auf, die 2003 getroffene Fehlentscheidung rückgängig zu machen und zur Ganztagsbetreuung für alle Kinder zurückzukehren.“



Gedicht

Jürgen Riedel

schwarz und links in USA

wehe wenn du schwarz
und des Mordes verdächtig
den zu begehen
du das eischerz nicht hast

wehe

wehe

wenn du schwarz und links
und des Mordes verdächtig
noch wahrscheinlicher
Schneewehe des Todes

gefrorene Jahrzehnte
leidet Mumia Abu-Jamal
unter Gerechtigkeit auf amerika-
nisch
wehe Ungewißheit

Es sind noch da, solange der Vorrat reicht...

Nach unserer erfolgreichen Veranstaltung mit Prof. Georg Fülberth (www.h-p-g.uni-halle.de), zu der uns der Papyrossa-Verlag mehrere Exemplare seiner Bücher zum Verkauf angeboten hat, sind noch einige dieser Bücher zu haben.

Wer also gerne eines der folgenden Exemplare käuflich erwerben möchte oder FreundInnen, Bekannte oder GenossInnen kennt, die ein solches Buch kaufen wollen, kann sich gerne mit mir im Wahlkreisbüro in Verbindung setzen.

Die Preise sind die Ladenpreise. Da wir nicht genau wissen, ob wir als Wiederverkäufer ebenfalls der Buchpreisbindung unterliegen oder ob Preisnachlässe möglich sind, sollten wir das Problem bei Bedarf im Einzelfall gemeinsam erörtern ;-))

Es sind noch da, solange der Vorrat reicht:

* »Doch wenn sich die Dinge ändern« - Die Linke, April 2008,
12,90 Euro

(http://www.papyrossa.de/sites_buchtitel/fuelberth_linke.htm)

* G-Strich - Kleine GESchichte des Kapitalismus, 4. Aufl., April 2008,
19,90 Euro

(http://www.papyrossa.de/sites_buchtitel/fuelberth_kapitalismus.htm)

* Finis Germaniae - Deutsche Geschichte seit 1945, 2007,
19,90 Euro

(http://www.papyrossa.de/sites_buchtitel/fuelberth_finis.htm)

* Der große Versuch - Geschichte der kommunistischen Bewegung
und der sozialistischen Staaten, 1994,
12,68 Euro

(http://www.papyrossa.de/sites_buchtitel/fuelberth_versuch.htm)

Theaterwelt am Rande erwähnt

„Das Schweigen der Kommunisten“ war der Titel einer Uraufführung im Rahmen des Festivals „Theater der Welt“ am 23. Juni auf der hiesigen Kulturinsel.

Es war ein Titel, der neugierig machte in der einmalig gebotenen Programmreihe.

Neugierig waren viele. Die Vorstellung war Tage zuvor schon ausverkauft. Sicher sind die Besucher mit unterschiedlichen Erwartungen gekommen; denn ein Titel allein sagt noch nichts aus. Ein starkes Interesse war geweckt. Zur anschließenden Diskussion waren etwa zwei Drittel der Besucher geblieben, obwohl die italienischen Autoren nicht einmal als Stücke-

schreiber in der Theaterwelt bekannt sind. Der Stoff regte an zum Gedankenaustausch. Inszeniert war ein Lesetheater. Grundlage dafür war der Briefwechsel eines linken italienischen Gewerkschafters mit zwei kommunistischen Journalisten über Jahrzehnte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Für die Bühne bearbeitet wurde das Ganze von Klaus Völker.

Am Anfang konnte man glauben, es sei eine Art Vergangenheitsbewältigung, die aber nur dem Einstieg diene. Hauptanliegen war der Blick in die Zukunft; das heisst, Überwindung der neoliberalen Zustände und Schaffung sozial gerechterer Verhältnisse auf zivil-

gesellschaftlicher Grundlage. Es war hier in Halle für das linke Spektrum schon ein einmaliges Ereignis, die Sichtweisen der beiden italienischen Kommunisten, Miriam Mafai und Alfredo Reichlin, zu erleben. Einiges ist mit unseren traditionellen Vorstellungen deckungsgleich und anderes auch unterschiedlich. Die hochtheoretischen Gedankengänge wurden von den bekannten halleschen Schiespielern, Danne Hoffmann und Peter W. Bachmann und dem neueren Jörg Lichtenstein, in angenehmer Weise vorgelesen; und dennoch regte sich im Anschluss der Wunsch, noch einmal in Ruhe das Textbuch zu lesen. Hans-Joachim Gunkel

Masseneintritt bei der saarländischen Linken

(www.sozialisten.de)

Der Betriebsratsvorsitzende der Saarbahn GmbH, Winfried Jung, hat heute in Saarbrücken dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Linken, Oskar Lafontaine, über 220 Beitrittserklärungen von Bahn- und Busfahrern zur Linkspartei übergeben. Das sind zwei Drittel der Gesamtbelegschaft des städtischen Unternehmens. Lafontaine zeigte sich erfreut:

„Das ist wie Weihnachten.“

Angst vor Privatisierung und der damit verbundene mögliche Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommenseinbußen, Angst vor der Rente mit 67 wurden als Grund für den Masseneintritt bei den Linken angegeben.

Betriebsratsvorsitzender der Saarbahn-GmbH, Winfried Jung, beklagte die physischen und psychischen Belastungen der Busfahrer, der Krankenstand sei immens hoch. Seiner Meinung nach könnte die Gewerkschaft Verdi „nur die Symptome lindern, die Politik könne aber die Ursachen beseitigen“.

Daher käme der Entschluss innerhalb der Belegschaft, der Linken beizutreten, um ein „Signal gegen den deutschlandweiten Privatisierungswahn zu setzen.“

Rolf Linsler, Vorsitzender der Saar-Linken: „Immer wenn Privatisierung droht, hilft nur die Linke. Ich hoffe, dass andere Belegschaften diesem Beispiel folgen werden.“

Parteichef Lafontaine zeigte sich optimistisch: „Aufgrund der jetzigen Entwicklung gehe ich davon aus, dass es einen Regierungswechsel an der Saar geben wird. Für diesen Fall kündigte er an, dass es einen Wechsel in der Industrie- und Energiepolitik im Saarland geben werde. Lafontaine weiter: „Die Rekommunalisierung wird zu einem zentralen Programmpunkt werden.“

Die Linke.Saar hat mit den Neueintreten einen knapp zehnprozentigen Mitgliederschub erhalten, von knapp 2.280 auf nunmehr knapp 2.500. Sie hat damit ihre Stellung als drittstärkste Partei im Saarland massiv ausgebaut.

Der Landesausschuss der LINKEN Sachsen-Anhalt solidarisch mit Gregor Gysi

Am Sonnabend, den 31.05.2008, konstituierte sich in Magdeburg der Landesausschuss der LINKEN Sachsen-Anhalt.

Der Landesausschuss verabschiedete einstimmig folgende Erklärung:

„Der Landesausschuss weist entschieden die Angriffe auf Gregor Gysi zurück.

Gregor Gysi steht wie kaum ein anderer für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der SED. Gegen die neuerlichen substanzlosen Angriffe hat Gregor Gysi unsere volle Solidarität. Wir erwarten von den konkurrierenden Parteien eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der LINKEN und ihren Erfolgen, statt Angriffe auf ihre führenden Persönlichkeiten.“

Frank Baier

Vorsitzender des Landesausschusses der LINKEN Sachsen-Anhalt

Krieg im Irak

Der Krieg im Irak ist völkerrechtswidrig.

Was will die Linke?

Die Linke fordert:

Keine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg.
Keine Militärtransporte von Leipzig-Halle.

Atomwaffen

Die "Bedrohung durch den Ostblock" ist längst vorbei, doch noch immer lagern in der Eifel Atombomben.

Was will die Linke?

Wir wollen ein Atomwaffenfreies Deutschland!
Die Atombomben müssen zurück in die USA und unter Kontrolle vernichtet werden.

Krieg in Afghanistan

Das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr an den ISAF-Einsätzen endet am 13.10.2008. Die Bundesregierung will eine Erhöhung der deutschen Beteiligung um ca. 1000 Mann und eine Verlängerung des Mandats über 12 Monate.

Was will die Linke?

Keine Zustimmung zur Mandatsverlängerung.

Weniger Waffen • **mehr Brunnen**
• **mehr Schulen**
• **mehr Zivilgesellschaft!**

G.Nau